

Information zum Datenschutz nach Art. 13 DSGVO - Bauleitplanung

Der sorgfältige und gewissenhafte Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten sowie deren Schutz sind uns wichtig. Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit dem Brandenburgischen Datenschutzgesetz (BbgDSG) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Darüber hinaus informieren wir Sie über die Ihnen nach der DSGVO zustehenden Rechte.

1. Verantwortlicher

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung ist:

Stadt Beeskow

vertreten durch den Bürgermeister

Berliner Str. 30

15848 Beeskow

Tel.: 03366 42220

E-Mail: rathaus@beeskow.de

2. Zuständiger Fachbereich und Datenschutzbeauftragter

Für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Bauleitplanung ist zuständig:

Stadt Beeskow

Fachbereich I- Bauleitplanung

Berliner Str. 30

15848 Beeskow

Den Datenschutzbeauftragten der Stadt Beeskow erreichen Sie unter:

Stadt Beeskow – Datenschutzbeauftragter

Hardy Brüggemann c/o kpp group GmbH

Berliner Str. 112a

13189 Berlin

E-Mail: datenschutz@beeskow.de

Tel.: 030 2067372-0

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt im Rahmen der kommunalen Planungshoheit zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und insbesondere zur Durchführung von Bauleitplanverfahren.

Im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens sind insbesondere das Planerfordernis und die Auswirkungen der Planung zu ermitteln. Die öffentlichen und privaten Belange sind gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Zu diesem Zweck werden personenbezogene Daten verarbeitet, soweit dies für die Ermittlung und Bewertung der für die Planung relevanten Belange erforderlich ist.

Die personenbezogenen Daten können insbesondere durch die Stadt Beeskow erhoben werden. Darüber hinaus können personenbezogene Daten aus Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange verarbeitet werden. Die Verarbeitung erfolgt im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsverfahren nach §§ 3 und 4 BauGB sowie den weiteren einschlägigen Vorschriften des BauGB.

Die Verarbeitung von Kontaktdaten kann insbesondere erforderlich sein, um eine ordnungsgemäße Kommunikation mit den Beteiligten sicherzustellen und gegebenenfalls über das Ergebnis der Prüfung bzw. Abwägung zu informieren.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit § 5 Abs. 1 BbgDSG sowie den jeweils einschlägigen Vorschriften des Baugesetzbuches.

4. Kategorien personenbezogener Daten

Im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens können insbesondere folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden:

- Vor- und Nachname,
- Anschrift
- Sonstige Kontaktdaten, insbesondere Telefonnummer und E-Mail-Adresse, soweit diese mitgeteilt werden,
- Grundstücks- und Flurstückangaben, soweit diese einen Personenbezug aufweisen,
- Personenbezogene Angaben und sonstige Informationen, die in Stellungnahmen oder sonstigen Eingaben enthalten sind,
- Weitere personenbezogene Daten, soweit diese für die Ermittlung und Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erforderlich sind.

Bitte beachten Sie, dass Sie im Rahmen Ihrer Stellungnahme grundsätzlich selbst dafür verantwortlich sind, nur solche personenbezogenen Daten mitzuteilen, deren Verarbeitung für Ihr Anliegen erforderlich ist.

5. Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten können, soweit dies für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens erforderlich und rechtlich zulässig ist, insbesondere an folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern übermittelt werden:

- Die zuständigen kommunalen Gremien zur Beratung und Entscheidung über die Abwägung,
- Beteiligte Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange,
- Zuständige Aufsichts- und Genehmigungsbehörden,
- Gerichte, soweit dies für eine gerichtliche Überprüfung erforderlich ist,
- Beauftragte Planungsbüros, Sachverständige und sonstige Dienstleister, soweit diese im Rahmen des Bauleitplanverfahrens eingebunden sind und die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an weitere Stellen erfolgt nur, soweit hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht oder dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist.

6. Veröffentlichung und öffentliche Zugänglichmachung

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Öffentlichkeitsbeteiligung können die eingegangenen Stellungnahmen und die darin enthaltenen Informationen Bestandteil der Verfahrensunterlagen werden.

Soweit dies gesetzlich vorgesehen und für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens erforderlich ist, können Unterlagen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung öffentlich ausgelegt oder elektronisch veröffentlicht bzw. zur Einsichtnahme bereitgestellt werden.

Personenbezogene Daten werden dabei, soweit rechtlich erforderlich und möglich, auf das notwendige Maß beschränkt bzw. vor einer Veröffentlichung geschwärzt oder anderweitig anonymisiert.

Eine Veröffentlichung erfolgt nur im Rahmen der hierfür geltenden gesetzlichen Vorgaben.

7. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Durchführung und Dokumentation des Bauleitplanverfahrens, die Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten sowie gegebenenfalls zur Wahrnehmung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Soweit gesetzliche Aufbewahrungs- oder Dokumentationspflichten bestehen, richtet sich die Speicherdauer nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben. Archivwürdige Unterlagen können nach Maßgabe der archivrechtlichen Vorschriften dauerhaft aufbewahrt werden.

8. Ihre Rechte als betroffene Person

Sie haben nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten gemäß Art. 15 DSGVO,
- Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten gemäß Art. 16 DSGVO,
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten gemäß Art. 17 DSGVO,
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO,
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 DSGVO, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Die genannten Rechte können aufgrund gesetzlicher Vorschriften eingeschränkt sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zur Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich ist.

Ein Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO besteht nur, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

9. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder andere datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt.

Zuständige Aufsichtsbehörde für das Land Brandenburg ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg

Stahnsdorfer Damm 77

14532 Kleinmachnow

E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de

Internet: <https://www.lda.brandenburg.de/lda/de/>